WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden Ausgabe Dezember 2022

Für Heizung, Brot und Frieden!

Die Inflation liegt bei 10 Prozent und wird weiter anhalten. Lebensmittel- und Energiepreise explodieren. Hungern und Frieren wird für viele in diesem Winter zur bitteren Realität. Millionen Menschen in unserem Land stehen vor der Verarmung. Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Geringverdienende und Asylsuchende werden kaum mehr über die Runden kommen können.

Aber längst haben auch Beschäftigte und ihre Familien, deren Einkommen bisher für ein gutes Leben ausreichte, Angst vor der nächsten Gasrechnung und dem Einkauf. Kleinen und mittleren Firmen droht die Insolvenz. Eine Rezession mit noch mehr Erwerbslosen und Druck auf die Löhne steht bevor.

Die Rettungs-Pakete der Ampel-Regierung reichen vorn und hinten nicht. Zwar besser als nichts, aber völlig unzureichend für alle, die keine Ersparnisse haben, um die horrenden Nachzahlungen zu begleichen. Dabei werden wir unter anderem vom Bundespräsidenten Steinmeier darauf eingestellt, nun über Jahre hinweg leiden zu müssen. „Verzichten“ sollen auch jene, die schon jetzt zu wenig haben.

Champagner auf der anderen Seite

Während Millionen von Familien nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, füllen sich die Energiekonzerne die Kassen. Der Energiekonzern RWE wird in diesem Jahr einen Gewinn von 5 bis 5,5 Milliarden Euro einstreichen statt wie bisher 3,4 bis 4 Milliarden. Für Shell sind es sogar über 9,4 Milliarden Dollar und damit doppelt so viel wie im Vorjahr.

Für Spekulanten herrscht an den Energie- und Getreidebörsen Hochstimmung; jede Krise ist gut für ihr Geschäft. Bei der Rüstungsindustrie wie bei Rheinmetall sprudeln die Gewinne besonders lebhaft. Alle DAX-Konzerne vermelden Rekordgewinne. Große Konzerne können mit ihrer Preissetzungsmacht höhere Preise und damit satte Gewinne durchsetzen.

Foto: UZ 14.10.22 Christa Hourani

Das sind Extra-Profite, die durch Ausnutzung von Krise und Krieg entstehen. Sie sorgen für die beschleunigte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben auf die Konten der Millionäre und Milliardäre.

Das Motto „Gemeinsam durch die Krise“ ist verlogen. Wir sollen stillhalten und uns ins politisch gewollte Schicksal fügen.

Dazu sagen wir Nein. Nein dazu, dass wir erneut die Lasten der Krise tragen sollen.
Nein zur Kürzung unserer Renten. Ihre Erhöhung um 3,4 Prozent in 2023 bedeutet einen erheblichen Verlust an Kaufkraft;
Nein zur weiteren Verelendung. Für eine armutsfeste Grundsicherung statt einem

Fortsetzung auf Seite 2

Foto: Eigenes Foto

Seit vielen Jahren protestiert die Friedensbewegung an Rhein und Ruhr am 3. Oktober an einer der großen Drehscheiben der NATO, an der Luftleitzentrale der Bundesluftwaffe und NATO in Kalkar/Uedem am Niederrhein.
In Kalkar befindet sich zudem das Joint Air Competence Centrum der NATO. In ihm werden Pläne für die Kriegsführung mit konventionellen und atomaren Waffen entwickelt.

100 Milliarden gegen die Zukunft

Die Friedensbewegung lehnt das 100 Milliarden–Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr ab. Mit ihm hat Deutschland den dritthöchsten Militärhaushalt der Welt. Er wurde wenige Tage nach dem Beginn des Ukraine-Krieges von Scholz verkündet.

Der Ukraine-Krieg lieferte nur die passende Begründung für diese Wunschliste der Militärs. Nun können endlich die Rüstungsvorhaben umgesetzt werden, die längst geplant waren.

Darunter befinden sich 10 Milliarden für neue Tarnkappenbomber. Sie sollen die bei uns in Büchel gelagerten Atombomben der USA, im Falle eines Krieges, ins Ziel bringen. Deren Ziele liegen in Russland. Die Atombomben werden ab Dezember erneuert: Sie sollen flexibel einsetzbar werden. Ein Spiel mit dem Untergang.

Diese 100 Milliarden sind ein Schlag gegen Klimaschutz und soziale Sicherheit. Sie fehlen für Gesundheit, Pflege, Bildung, Wohnen und für den Öffentlichen Nahverkehr. ★

Fortsetzung von Seite 1

im Vergleich zu Hartz IV kaum erhöhten „Bürgergeld“.
Nein zur dauerhaften Senkung unseres Lebensstandards.

Gefragt ist die Unterstützung aktiver Lohnrunden, um einen möglichst großen Teil der Inflation aufzufangen.

Gefragt ist Solidarität aller Menschen mit und ohne Job, die die Lasten der Krise und der Aufrüstung tragen sollen!
Für Heizung, Brot und Frieden!

★

Kein Naturereignis

Hauptursache der Preistreiberei sind die explodierenden Energiepreise, insbesondere für Gas. Und dafür ist der Wirtschaftskrieg gegen Russland verantwortlich. Außenministerin Baerbock verkündete, Russland sei damit zu ruinieren.

Die Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen stellte der Bundesregierung die Frage nach dem Einfluss der Russland-Sanktionen auf die russische Kriegsführung, dem ausdrücklichen Ziel der Sanktionen.

Die Antwort: *„Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.“* Es gibt also keinerlei Erkenntnisse über den Erfolg der beispiellosen Sanktionen, aber sie werden trotzdem unbeirrt fortgesetzt.

Die Wirtschaft der Russischen Föderation zeigt sich erstaunlich stabil. Diese Sanktionen treffen hingegen uns wie ein Bumerang. Das wird immer spürbarer. Der Verzicht auf russisches Gas und ÖL ist Teil der Sanktionspolitik von EU und Deutschland. Diese selbstzerstörerische Sanktionspolitik muss beendet werden.

Die durch sie verursachten Preisexplosionen für Energie, Getreide und Dünger führen in anderen Teilen der Welt außerdem zu fehlender Energie und zu Hunger.

Und klar ist bereits jetzt: Im kommenden Jahr wird das Gas noch knapper werden. Die Flüssiggas-Lieferungen werden das russische Gas zumindest kurzfristig nicht ersetzen können.

★

Rezession und Deindustriealisierung?

Gas ist nicht nur für die Heizung unserer Wohnungen derzeit unverzichtbar, sondern für ganze Industriebranchen wie die Chemieindustrie bis hin zum Bäcker.

Preiswertes Gas aus Russland war einer der Pfeiler der hiesigen Industrie.
Die explodierenden Gas- und Strompreise machen alles teurer. Sie führen in eine wirtschaftliche Rezession, deren Tiefe noch nicht absehbar ist. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe bekommen zusehends Probleme. Firmenpleiten drohen.

Die Verteuerung der Energie ist bleibend. Die viel gescholtene Abhängigkeit von Russland wird durch die Abhängigkeit von den USA ersetzt. Stand die dortige für Mensch und Umwelt schädliche Fracking-Industrie noch kürzlich vor dem Ruin, können sie nun ihr schmutziges Gas nach Europa und Deutschland liefern. Hier wird es zu einem mehrfach teureren Preis verkauft als in den USA. Mit einer einzigen Schiffsfracht konnten kürzlich bis zu 200 Millionen Dollar verdient werden.

Bundesstaaten der USA werben mit niedrigen Energiekosten und Subventionen. Große Konzerne wie BASF, BAYER und auch die Automobilindustrie haben schon zugesagt, dann doch lieber dort zu investieren.

Wer soll vor diesem Hintergrund eigentlich glauben, Putin selber habe seine eigenen Gasröhren Nord Stream I und II in der Ostsee zerstört?

Den USA waren diese Energielieferungen schon immer ein Dorn im Auge. 1962 setzten sie daher unter der Adenauer-Regierung das Röhrenembargo durch. Und gegen den Bau von Nord Stream II setzten sie alle Hebel in Bewegung.

Die Bundesregierung will wegen des „Staatswohls“ keinerlei Erkenntnisse über die Zerstörung der Pipelines preisgeben.

Eine Röhre blieb unbeschädigt. Sie könnte kurzfristig genutzt werden. Der Gaspreis-Spuk wäre gebannt.

★

Explodierende Heiz- und Stromkosten. Was tun?

Tacheles e.V. und DER PARITÄTISCHE haben dazu wichtige Informationen zusammengestellt.

Wichtig für Menschen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen, für Menschen mit geringem Einkommen, für Bezieher von Rente, Arbeitslosengeld I oder Krankengeld, für Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende.

Die Informationen sind auf der Website

ENERGIE-HILFE.ORG

Mit detaillierten Informationen zur Übernahme von Heiz– und Stromkosten und mit Musteranträgen.

● Löhne hoch – Preise runter!
● Gesetzliche Senkung der Energiepreise auf das Niveau von Juni 2021!
● Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie!
● Stoppt den Wirtschaftskrieg!
● Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit, das die Interessen aller berücksichtigt!

Wen retten die „Rettungspakete“?

Schon im vorigen Jahr konnten sich fast 3 Millionen Menschen keine warme Wohnung leisten. Das werden nun trotz der Rettungspakete mehr. Auch wenn im Dezember keine Abschlagszahlungen für Gas und Wärme anfallen und ab Januar 2023 ein Gaspreisdeckel eingeführt wird.

Für Mieter ist unklar, wie und wann Vermieter diese Regelungen umsetzen müssen,

Der gedeckelte Gaspreis soll dann 12 Cent pro kwh betragen. Das ist eine **Verdoppelung im Vergleich zum Frühjahr 2021.** Und diese Deckelung gibt es auch **nur für 80 Prozent** des üblichen Verbrauchs. Wir sollen schließlich „sparen“ – als würden gerade Familien und Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen das nicht schon längst tun müssen. Den **Rest sollen wir zu Marktpreisen kaufen** müssen – und das werden dann Mondpreise sein.

Die Industrie wird besser bedient. Große Unternehmen bekommen ab Januar einen Gaspreisdeckel von 7 Cent. Und als Sahnehäubchen: Ihre eingesparte Energie dürfen sie zu hohen Marktpreisen verkaufen.

★

Ist der Russe schuld? Eine kurze Geschichte der Gaspreisexplosion

Die aktuelle Gas- und Energiekrise ist nicht überraschend gekommen.

Der Handel mit Gas wurde in der EU 1998 liberalisiert. 2007 startete die Leipziger Energiebörse EEX. Langfristige preiswerte Verträge wurden durch den Börsenhandel ersetzt. Gas wurde zum Spekulationsobjekt. Sein Preis wird jetzt der Börse bestimmt.

Im Herbst 2021 kam der nächste Preisschub. Nach der Corona-Krise zog die Konjunktur an. Wer die Macht dazu hatte, nutzte sie zur Heraufsetzung der Preise.

Dann kamen der Krieg und die Drohungen eines Gasembargos seitens der EU. Die Preise gingen durch die Decke. Niemand wollte nun zu diesem Preis die Gasspeicher füllen.

Im Juni wurde der Gasnotstand ausgerufen. Die Firma Trading Hub Europe erhielt von der Bundesregierung die Aufgabe, den Markt leerzukaufen, zu welchem Preis auch immer.

Als Erfolg wurde uns dann verkündet: die Gasspeicher sind voll! Aber zu welchem Preis? Der ist dann von den Versorgern zu zahlen, wenn sie Gas aus den Speichern kaufen müssen.

Und dieser Preis wiederum landet dann beim **Endkunden**, also bei uns.

★

Kaputtgesparte Bundeswehr?

Und jetzt 100 Milliarden dazu

Diplomatie statt Waffen!

Ein Strom von Waffen wird in die Ukraine geleitet. Jede Diplomatie wird für unsinnig erklärt oder abgewürgt, alle Gesprächsebenen zur Russischen Föderation werden gekappt.

Der Krieg in der Ukraine ist offenkundig zu einem Stellvertreterkrieg geworden, ein Krieg der USA/NATO gegen die Russische Föderation. Die Ukraine wird zum Kanonenfutter gemacht, ihre zunehmende Zerstörung in Kauf genommen.

Wer daran erinnert, dass seit 2014 Kiew einen Bürgerkrieg gegen den russischsprachigen Bevölkerungsteil geführt hat und die Friedensabkommen Minsk I und II nicht umgesetzt hat, wird als „Putin-Versteher“ diffamiert.

Durch Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen werden keine Menschenleben gerettet und kein Krieg beendet. Er wird nur in die Länge gezogen. Es drohen weitere Eskalationen, bis hin zu einem Atomkrieg. Nie war die Gefahr so real wie heute. Und der würde unser Land zerstören; auf unserem Gebiet befinden sich die NATO-Kommandozentralen für den Krieg im Osten.

Vom Krieg profitieren nur ultrarechte Nationalisten, Waffenkonzerne und die Produzenten fossiler Rohstoffe.

Es liegt im Interesse der ukrainischen, der russischen und auch unserer Bevölkerung, diesen blutigen Krieg zu beenden. Notwendig ist Diplomatie, notwendig sind Verhandlungen. Kompromisse sind angesagt und nicht das Setzen auf Sieg auf dem Schlachtfeld.

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe braucht die Menschheit die internationale Zusammenarbeit,
Wir brauchen ein neues System der europäischen Sicherheit.
Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit statt Krieg!
Ohne Frieden und Abrüstung ist kein Ausweg denkbar.

★

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

Mühlenkreiskliniken: Finanzierung mit Fragezeichen

Die Kosten für das Konzept, aus 5 Kliniken im Kreis 3 zu machen, werden auf 528 Millionen Euro geschätzt. Davon will das Land NRW höchstens 178 Millionen aufbringen, Allerdings ist diese Zusage nicht bindend, sondern nur in Aussicht gestellt.

Wie in der Vergangenheit weigert sich das Land NRW weiterhin, seiner Verpflichtung zur Übernahme der Investitionskosten nachzukommen.

Wo sollen die restlichen 350 Millionen herkommen? Einige Gemeinden sehen bereits große Probleme auf sich zukommen und es regt sich im Nordkreis Protest gegen einen teuren Neubau. Minden müsste nach jetzigem Stand der Berechnungen ab 2029 jährlich etwa 6 Millionen Euro zahlen, über einen langen Zeitraum.

Die Baukosten steigen derzeit rasant. Das heute eingerechnete Polster von 30 Prozent Preiserhöhung wird nicht ausreichen, wenn in wenigen Jahren der Bau der neuen Kliniken in Bad Oeynhausen und in der Region Lübbecke-Espelkamp beginnt.

Auf Kosten der Beschäftigten

Bei den Beschäftigten und dem Pesonalrat sorgte die Ankündigung des Vorstandes der Mühlenkreiskliniken (MKK) für Protest, selber 100 Millionen aufzubringen. „Selber aufbringen“ heißt, dass die Beschäftigten noch mehr ausgepresst werden sollen.

Sie haben Erfahrungen mit dem Neubau des Johannes-Wesling-Krankenhauses. Er wurde mit Personalabbau und verstärkter Arbeitsbelastung bezahlt. Und immer noch lastet etwa die Hälfte der Neubau-Schulden auf den MKK. In der Kreistagssitzung wurde der Eigenbetrag der MKK auf 70 Millionen Euro abgesenkt. Das verringert aber die Belastung für die Beschäftigten nicht, sondern erhöht den Druck, mit weniger Personal immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit versorgen zu müssen. Die Vertrauensleute wiesen in ihrem Flugblatt darauf hin, dass die Personalpflegeuntergrenzen wegen Personalmangel nicht eingehalten werden.

Die Beschäftigten noch mehr auspressen? Die Patientenversorgung noch mehr auf betriebswirtschaftlichen Nutzen statt auf das Gesundheitswohl ausrichten? So wie es die ökonomische Logik des Systems der Fallpauschalen heute schon anlegt? Oder die Kommunen mit jahrelangen Schulden belasten, die sie zu Einschnitten in anderen wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge zwingen oder sie gar in die Haushaltsicherung treiben können? Mit dem beschlossenen Finanzierungskonzept droht nun beides zugleich. Allerdings: Endgültig sei der Beschluss nicht Und erste Rückzüge deuten sich bereits an.

Bettenabbau

Etwa 150 Betten sollen durch die Neubauten wegfallen. Der Bettenabbau gehört zum Krankenhausplan des Landes und dem Wunschprogramm der Krankenkassen. Nur Schließungen und Zusammenlegungen werden noch gefördert. Die Corona-Pandemie führte zu keinerlei Umdenken.
Mehr Leistungen sollen in den ambulanten Bereich verlagert werden. Den allerdings sucht man insbesondere in unserer ländlichen Region schon jetzt eher vergeblich. Und das in den letzten Jahren mit erheblichem finanziellen Aufwand ausgebaute Krankenhaus Rahden soll im Zuge des Neubaus geschlossen werden. Mit viel Geld wird also die medizinische Versorgung verschlechtert und nicht verbessert.

Alternativen

Die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens, der enorme wirtschaftliche Druck mit dem System der Fallpauschalen bildet den Hintergrund des Problems. Es muss ein kostendeckendes Finanzierungsystem durchgesetzt werden, mit mehr Personal und besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen. ★

Mieter schützen!

Sie haben keinen Grund zum Jammern, die Aktionäre von Vonovia & Co.
Im ersten Halbjahr strich VONOVIA einen Rekordgewinn von 1,063 Milliarden Euro ein. Wohnungskonzerne erweisen sich auch in der Krise als Preistreiber.

Auf ihrem Investorentag machte der Immobilienriese klar: Wer seine Miete nicht bezahlen kann, erhält die Kündigung. Das soll nach zwei rückständigen Monatsmieten erfolgen. Angesichts fehlender Wohnungen winken dann Neuvermietungen zu gestiegenen Mieten.
Die „Investoren“ sollen keine Mietausfälle und damit eine geringere Dividende befürchten müssen.

Diese Vorgänge zeigen, wie wichtig die Forderung nach **Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne** ist.

Erleichterung kann zunächst ein **Mietenstopp mit bundesweitem Deckel** für sechs Jahre bringen. Das fordert das Bündnis Mietenstopp, in dem der Mieterbund, der DGB und viele andere Organisationen vertreten sind. Zu den Forderungen gehören u.a. auch eine neue Gemeinnützigkeit und ein neues soziales Bodenrecht.

Notwendig ist angesichts der hohen Inflation das **Verbot der Indexmieten**.

Dringend notwendig ist ein **Kündigungsschutz.** Niemand darf seine Wohnung wegen Zahlungsunfähigkeit verlieren und obdachlos werden! ★

DKP **Minden**
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmsweg 11, 32427 Minden